



VP SINGH – ERFOLGREICHER KRIESENMANAGER – WIE LANGE NOCH?

Die schwere Regierungskrise in Indien, die im Juli zur Rücktrittsdrohung zahlreiche Minister einschließlich des Premiers V.P. Singh und zur Entlassung des Vizepremier, Devi Lal, geführt hatte, erinnert an das Ende der 70-er Jahre, als die damalige Janata-Regierung an ihren eigenen Widersprüchen zerbrach. Dies ermöglichte der Congress-Partei und der durch die Notstandsgesetzgebung schwer belasteten Indira Gandhi ein glänzendes Comeback. Ein ähnliches Schicksal hatten viele Beobachter der von V.P. Singh geführten Regierung der Nationalen Front schon zu Beginn ihrer Amtszeit prognostiziert. Die Ausgangsbedingungen der Nationalen Front (NF) waren einerseits denkbar schlecht: Sie stellt nur 144 der 543 Sitze in der Lok Sabha, dem indischen Unterhaus, ist somit auf die Unterstützung der hindu-chauvinistischen BJP auf der Rechten und den Kommunisten auf der Linken angewiesen, um gegen die mit 192 Sitzen stärkste Oppositionspartei, dem Congress, bestehen zu können. Auf der anderen Seite hat die NF-Minderheitsregierung einen großen Pluspunkt: das Image ihres Chefs. Vishwanath Pratap Singh gilt als als moralisch integerer und als ein erfahrener Politiker. Die ersten neun Monate seiner Amtszeit zeichnet Frank Braßel im folgenden Beitrag nach.

Das Erbe, das Rajiv Gandhis Regierungszeit (und die seiner Mutter Indira) seinem Nachfolger hinterlassen hat, ist ein in vielfältiger Hinsicht schwieriges. Es lassen sich einige große Problemkreise ausmachen, bei denen die von V.P. Singh geführte Regierung der Nationalen Front (NF) besonders gefordert scheint:

- Außenpolitik
- Wirtschaftspolitik
- Regionale Konflikte und Kommunalismus
- Großprojekte

Außenpolitik

Indien befand sich bei Singhs Amtsantritt mit praktisch allen Nachbarstaaten, mit denen es im südasiatischen Staatenbündnis (SAARC) zusammengeschlossen ist, in Konflikt. Im internationalen Rahmen gilt das Land zwar als ein wichtiger Sprecher der Dritten Welt, hat mit seiner gigantischen Aufrüstung während der 80-er Jahre aber viel Skepsis hervorgerufen.

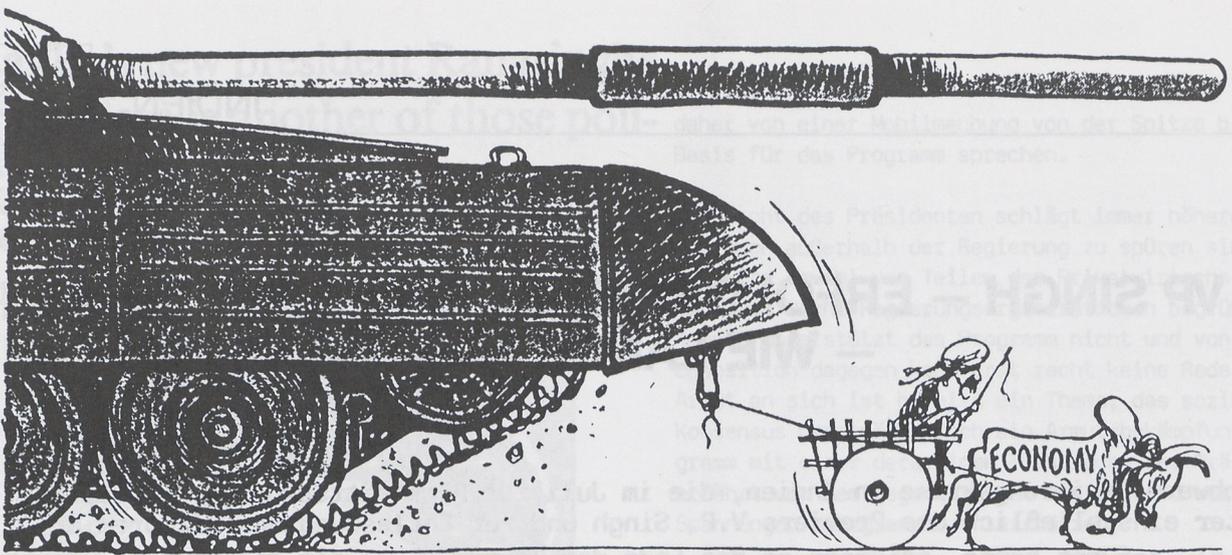
Die neue Regierung fand zumindest die Kraft, das Sri Lanka-Abenteuer zu beenden, d.h. die dort stationierten Truppen Ende März abzuziehen. Eine klar definierte neue Sri Lanka Politik ist allerdings in Delhi noch nicht auszumachen (siehe dazu auch den Beitrag 'Unerbittlicher Krieg' im Sri Lanka-Teil dieser Ausgabe). Die nach dem Truppenabzug weitergehenden Auseinandersetzungen auf der Insel zeigen überdies noch einmal deutlich auf, daß das militärische Engagement Indiens - immerhin waren 2 1/2 Jahre bis zu 100.000 Soldaten im Nachbarland stationiert - als Fehlschlag gewertet werden muß.

Auch wurden die letzten indischen Truppen von den Malediven durch Singh zurückgerufen, wo sie bei der Niederschlagung des Putschversuches im November 1988 der Regierung in Male Beistand geleistet hatten. Und bei dem Besuch des neuen nepalesischen Regierungschefs Bhattarai in Delhi im Juni konnte eine Lösung für die Handelsblockade gegenüber dem Himalaya-Staat gefunden werden. Doch mußte sich Nepal verpflichten, die "Sicherheitsinteressen" Indiens zu akzeptieren, d.h. auf die noch ausstehenden Waffenlieferungen der VR China, die eine zentrale Ursache für den Streit waren, zu verzichten. Letztlich bedeutet das, daß Delhi seine Führungsansprüche auf dem Subkontinent gegenüber Kathmandu durchgesetzt hat. Auch die VR China hat Indiens "Sicherheitsinteressen" inzwischen akzeptiert, informierte sie doch Ende Juli Delhi über die Bitte Colombos nach Waffenlieferungen, um verstärkt gegen die tamilischen 'Befreiungstiger' (LTTE) vorgehen zu können.

Während in den obigen drei Fällen zumindest vorläufig praktikable Lösungen gefunden wurden, hat sich der Konflikt mit Pakistan durch die Kaschmir-Krise verschärft. Hier hat Singh die 'Tradition' indischer Regierungen fortgesetzt, für primär interne regionale Konflikte Nachbarstaaten verantwortlich zu machen.

Aufrüstung und Friedenspolitik

In der weiteren asiatisch-pazifischen Region war Indien in den 80-er Jahren von vielen Staaten, etwa Australien, durch eine massive Aufrüstung und gesteigerte Aktivität seiner Seestreitkräfte als potentielle Bedrohung wahrgenommen worden. Eine Änderung dieser hegemonialen Regionalpolitik läßt sich bislang nicht



aus: FEER, Hongkong

absehen. Das überzogene Militärbudget wurde jüngst einmal mehr um gut 10 Prozent mit dem Verweis auf die Spannungen mit Pakistan erhöht. Damit haben sich die indischen Militärausgaben seit 1980 mehr als vervierfacht, von unter 40 auf knapp 160 Milliarden Rupien (16 Mrd. Mark). Wie auch unter Rajiv Gandhi geht diese Rüstungspolitik unter Singh mit einer verbalen Beteuerung der außenpolitischen Prinzipien von Frieden, Blockfreiheit und Anti-Imperialismus einher. Programatisch hierzu die Rede Singhs auf der vierten "Indira Gandhi Memorial Lecture" am 1. Mai in Delhi. Er bekräftigt die Unterstützung Indiens für den antikolonialen Kampf im südlichen Afrika wie in Palästina, wirbt weiterhin für die herrschenden Regierungen in Indochina und Afghanistan als Hauptansprechpartner bei der Lösung der dortigen Bürgerkriege. Singh betont die Wichtigkeit der multilateralen Kooperation in der SAARC, sieht aber die Auseinandersetzungen mit Kaschmir gleichzeitig als ausschließlich bilaterale Angelegenheit. Vielleicht täte gerade hier - wie auch beim strikten Festhalten an der Nichtunterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages - eine Umkehr gut.

Singh hat betont, er wolle die Beziehungen zu den USA und der VR China weiter verbessern. Seine erste bedeutende Auslandsreise führte ihn Ende Juli jedoch nach Moskau. Die traditionell guten Beziehungen zur Sowjetunion sollen beibehalten, der im nächsten Jahr auslaufende "Freundschaftsvertrag" erneuert werden. Neben einem politischen Gleichklang in vielen internationalen Fragen zwischen den beiden Staaten konnten sie aus den auf devisenfreiem Tauschhandel basierenden Wirtschaftsbeziehungen bislang gegenseitig profitieren. Die angestrebte wirtschaftspolitische Umgestaltung in beiden Ländern - Rupie und Rubel sollen frei konvertierbar werden, verstärkte Eingliederung in den "freien" Wettbewerb auf dem Weltmarkt, was erhöhte Qualitätsansprüche nach sich zieht, Verminderung der strikten staatlichen Kontrollen, etc. - könnte die sowjetisch-indischen Beziehungen in nächster Zeit allerdings gravierend verändern. Die mögliche Dynamik dieser Entwicklung kann hier nur angedeutet werden, verdient aber sicherlich besondere Aufmerksamkeit in der Zukunft. Indiens Außenminister Gujral, der Ende der 70-er Jahre Botschafter in Moskau war, sprach in diesem Zusammenhang von einer "schwierigen Periode des Übergangs"

Wirtschaftspolitik

Der nominelle Boom der indischen Wirtschaft unter Rajiv Gandhi ist in erster Linie der vielzitierten neuen Mittelschicht zugute gekommen, während die Armen des Landes weiterhin ohne jede Perspektive dastehen. Gleichzeitig haben sich die Außenwirtschaftsbeziehungen Indiens mit einer enormen Verschuldung, rasant abnehmenden Devisenreserven und sich vertiefendem Handelsdefizit dramatisch zugespitzt.

Als "eine Regierung der Partizipation des Volkes, eine Regierung der Armen, für die Armen", kennzeichnete V.P. Singh in einem seiner ersten Interviews nach Amtsantritt sein Regierungsprogramm. So sollen die Hälfte der Staatsausgaben in den ländlichen Bereich fließen, wo die überwiegende Anzahl der Armen Indiens leben. Über das Ausmaß der Armut auf dem Subkontinent gibt es jeweils ein beliebtes Zahlenspiel der Regierungen. Unter Rajiv hieß es, weniger als 50 Prozent aller InderInnen würden inzwischen unterhalb der knapp bemessenen Armutsgrenze leben. Das 'International Crops Research Institute for the Semid Arid Tropics' in Hyderabad hat in einer Fallstudie differenzierter und aussagekräftiger nachgewiesen, daß in einem ausgewählten Untersuchungsbezirk in den Jahren von 1975-83 nur 11 Prozent der ländlichen Haushalte ständig oberhalb der Armutsgrenze, 44 Prozent aber permanent und der Rest während der meisten Jahre innerhalb der untersuchten Zeitspanne darunter lebten. Um die starren Regeln dieser Ein-Zehntel-Gesellschaft zu brechen, kommt es gerade nach den Erfahrungen der "Grünen Revolution", die die sozialen Unterschiede auf dem Land noch vertieft hat, mehr darauf an, wie Gelder staatlicher Programme eingesetzt werden, nicht allein auf die Summen. Hierzu ist von der neuen Regierung wenig Konkretes zu hören. Die Gelder für ländliche Entwicklung sollen zum einen in die Ansiedlung kleinerer Industrieprojekte im ländlichen Raum fließen und dürften zum anderen von der Einlösung des Wahlversprechens, Schulden ländlicher Haushalte bis zu 10.000 Rupien zu streichen, aufgezehrt werden, wenn für letzteres die Finanzengpässe überhaupt Raum lassen.

Ein Konzept für die versprochene Umsetzung existierender Landreformgesetze liegt ebenso wenig vor wie für die Realisierung des angestrebten "Rechts auf Arbeit". Allerdings wurden beide sozialpolitischen Programme

unter Singh in die Verfassung mit aufgenommen. Regionale Erfahrungen mit dem Recht auf Arbeit ('Employment Guarantee Act') etwa in Maharashtra haben gezeigt, daß das Programm bestenfalls zu einem mageren Almosen gereicht, da die gesetzlich festgeschriebenen Mindestlöhne selbst bei solchen staatlichen Programmen nicht eingehalten werden. Bunker Roy, namhafter Sozialkritiker, hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß für die Durchführung sozialer Hilfsprogramme auch der neuen Regierung offensichtlich der Wille fehle. Die Agrarpolitik wurde bislang mehr nach den Interessen der reicheren Bauernschicht gestaltet, deren Vertreter in der Regierung, Devi Lal, Anfang Juli allerdings entlassen wurde.

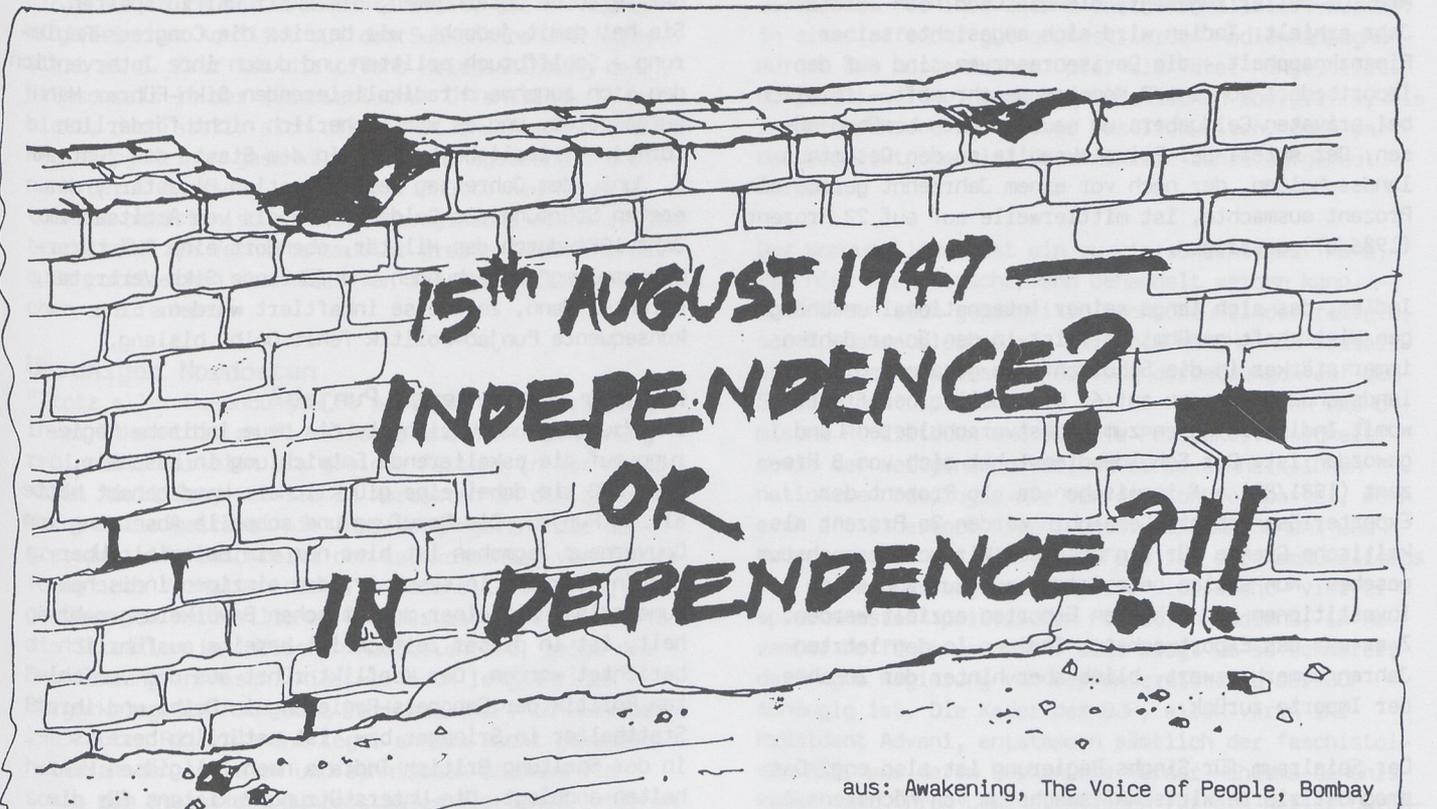
Liberalisierung/'New Industrial Policy'

Konkretere Diskussionen um eine neue Wirtschaftspolitik konzentrieren sich unter der NF-Regierung auf die Themen Industriepolitik, "Liberalisierung" und die Frage von ausländischem Kapital. Indien hat sich seit Erlangung der Unabhängigkeit einem "gemischten"

Wirtschaftssystem verschrieben, d.h. wichtige Sektoren, insbesondere im industriellen Bereich (Eisen und Stahl, Kohle und Öl, Kunstdünger) werden von staatlichen Betrieben dominiert. Von seiten der damaligen politischen Führung unter Nehru war daran gedacht, über die Kontrolle der "Kommandohöhen" der Wirtschaft eine möglichst unabhängige Wirtschaftspolitik gestalten und soziale Ungerechtigkeiten eines rein privatkapitalistischen Systems vermeiden zu können. Zur Gestaltung der gemischten indischen Wirtschaft werden seit 1950/51 Fünfjahrespläne formuliert, die allerdings für die Privatindustrie keinerlei Verbindlichkeit besitzen.

Die indische Privatindustrie hatte angesichts ihrer relativen Schwäche gleichfalls für die "mixed economy" optiert, da sie sich davon einen zügigen und für sie kostenneutralen Aufbau der Infrastruktur und industrieller Grundlagen erhoffte. Inzwischen ist die indische Großindustrie allerdings finanzstark genug, um sich in bislang für den Staat reservierten Wirtschaftsbereichen zu engagieren. Seit Mitte der 70-er Jahre verlangt sie den Zugang dorthin. Auf der anderen Seite hat das mit zahlreichen Kontrollregularien bezüglich industrieller Neugründungen, Monopolbildung, Devisenverkehr, Auslandskapital, etc. versehene Konzept der indischen Industriepolitik - die Landwirtschaft unterliegt allein privater Kontrolle - zwar dem Land ein im Vergleich zu vielen anderen Ländern der 'Dritten Welt' eher positive Bilanz beschert, aber gleichzeitig eine zunehmend ineffektive und kontraproduktive Bürokratie entstehen lassen, die der Wirtschaftsentwicklung hinderlich im Wege steht. Spätestens mit dem Regierungsantritt Rajiv Gandhis war deshalb "Liberalisierung" das Schlagwort der indischen Wirtschaftsdiskussion. Bereits damals waren V.P. Singh als Gandhis Finanzminister und der heutige Handelsminister Arun Nehru aktive Verfechter dieser Politik. So konnte es keinen Zweifel geben, daß sie auch unter der NF-Regierung fortgesetzt werden würde. Aus den bisherigen Stellungnahmen und Diskussionen lassen sich die folgenden Konturen der "neuen Industriepolitik" unter Singh herauslesen:

- verstärkte Bemühungen defizitäre staatliche Betriebe zu schließen, wenn sie nicht saniert werden können;
- Erleichterung der Lizenzierungs-Politik für neue industrielle Projekte, wobei reine Exportindustrien



15th AUGUST 1947 —
INDEPENDENCE?
OR
INDEPENDENCE?!!

aus: Awakening, The Voice of People, Bombay

hiervon ganz ausgenommen werden sollen;

- automatische Zulassung von ausländischer Beteiligung unter einem 40-prozentigen Anteil, bei einem hohen Exportanteil des Industriebetriebes sollen ausländische Beteiligungen bis zu 51 Prozent möglich sein;

- die Zugänge der Privatindustrie zu notwendigen Importen soll erleichtert werden;

- weniger die gesetzlichen Vorschriften, sondern die Leistungsfähigkeit eines Unternehmens soll für die Lohnzahlungen ausschlaggebend sein.

Diese Bestimmungen sind noch nicht gültig geworden, doch hat das NF-Kabinett Mitte Juli auf einer Diskussion über die "ernste wirtschaftliche Situation" Indiens - so Finanzstaatssekretär Bimal Jalan - ihnen prinzipiell zugestimmt. Interessant ist, daß das Konzept der neuen Industriepolitik der NF-Regierung auf einem Vorschlag von Montek Singh Ahluwalia, einem in Oxford ausgebildeten ehemaligen Weltbank-Mitarbeiter, der heute im Büro des Premierministers tätig ist, basiert und praktisch an der staatlichen Planungskommission vorbei entwickelt wurde.

Auf dem Weg in die Schuldenfalle

Dieses auf Exportorientierung und Entstaatlichung basierende Konzept entspricht der klassischen, aber wenig erfolgreichen Politik von Internationalem Währungsfonds und Weltbank. Doch sind die internationalen Finanzinstitutionen offenbar mit einer reinen Willensbekundung der indischen Regierung nicht zufrieden und haben auf dem letzten Treffen des "Aid India Consortiums" in Paris vom 16.-18. Juni weniger als die 6,1 Mrd. US-Dollar zugesagt, die das Land noch letztes Jahr erhielt. Indien wird sich angesichts seiner Finanzknappheit - die Devisenreserven sind auf den Importbedarf von 1 1/2 Monaten geschrumpft - folglich bei privaten Geldgebern um neue Kredite bemühen müssen. Der Anteil der Privatkredite an den Gesamtauslandsschulden, der noch vor einem Jahrzehnt gerade ein Prozent ausmachte, ist mittlerweile auf auf 22 Prozent (1986/87) gestiegen.

Indien, das sich lange seiner international unabhängigen Wirtschaft gerühmt hat, ist in den 80-er Jahren immer stärker in die Schuldenfalle geraten. Die Auslandsschulden werden auf 63 Mrd. Dollar beziffert, womit Indien in Asien zum höchstverschuldeten Land geworden ist. Der Schuldendienst hat sich von 8 Prozent (1981/82) auf inzwischen ca. 30 Prozent der Exporterlöse erhöht. Gemeinhin werden 20 Prozent als kritische Grenze für ein gesundes Wirtschaftswachstum gesehen. Nun sollen neue Gelder aus ausländischen Investitionen und erhöhten Exporten erzielt werden. Zwar war das Exportwachstum Indiens in den letzten Jahren bemerkenswert, blieb aber hinter der Zunahme der Importe zurück.

Der Spielraum für Singhs Regierung ist also eng. Das prognostizierte Wirtschaftswachstum von höchstens 4

Prozent, die ansteigende Inflation sowie die beabsichtigte Ausgabenkürzung sämtlicher Ministerien um 10 Prozent lassen wenig Raum.

Regionale Konflikte und Kommunalismus

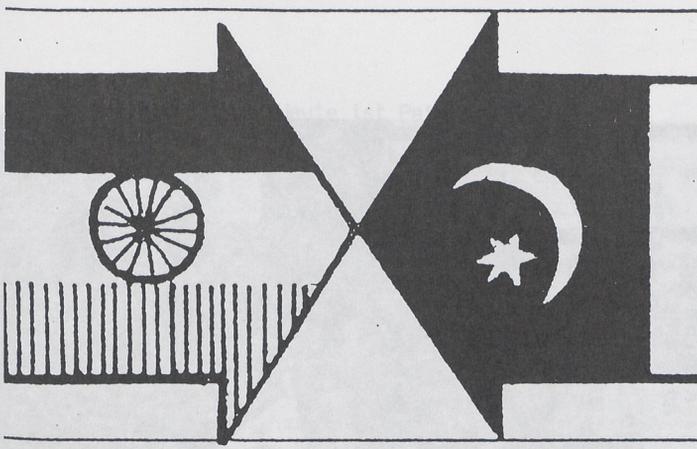
Das Punjab-Problem ist weiterhin ungelöst, die Situation in Kaschmir scheint in die gleiche Sackgasse zu treiben, die schwelenden Konflikte im indischen Nordosten brechen insbesondere in Assam wieder auf. Die kommunalistischen Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Moslems haben nach Angaben von 'India Today' bei 4500 Zwischenfällen in den 80er Jahren mindestens 7000 Menschenleben gefordert, eine wohl äußerst konservative Schätzung. Die kommunalistischen Exzesse während der November-Wahlen sprechen diesbezüglich eine bedrohliche Sprache.

Dauerkonflikt Punjab

Zwar war es eine optimistisch stimmende Geste, daß V.P. Singh zu Beginn seiner Amtszeit in den Punjab reiste und seinen Willen demonstrierte, in diesem Bundesstaat eine Lösung der jahrelangen blutigen Konflikte herbeizuführen. Der Geste folgten allerdings kaum Taten. Wenig glücklich war nach Meinung von Beobachtern die Ersetzung des Gouverneurs Nirmal Mukherji durch Virendra Verma. Ersterer galt als Verfechter von möglichst frühen Wahlen im Punjab, auch wenn dabei ein Wahlsieg der Akali Dal unter Simranjit Singh Mann zu erwarten gewesen wäre. Demgegenüber meint sein Nachfolger, die Wahlen hätten noch Zeit, erst gelte es, entsprechende Bedingungen im Punjab zu schaffen. Die fundamentalistische Dynamik verbunden mit der Existenz von annähernd 100 Terrorgruppen und dem sich verselbständigten Gegenterror der Polizei kann davon nur profitieren. Zudem hat die Zentralregierung offenbar Versuche unternommen, die Akali Dal zu spalten. Sie hat damit jedoch - wie bereits die Congress-Regierung - Schiffbruch erlitten und durch ihre Intervention den sich zunehmend radikalisierenden Sikh-Führer Mann aufgewertet. Und es war sicherlich nicht förderlich für ein "friedliches" Klima in dem Staat, daß just am 6. Juni, dem Jahrestag der 'Operation Bluestar', der ersten Stürmung des Goldenen Tempels von Amritsar im Jahr 1984 durch das Militär, ebendort eine "Märtyrer-Versammlung" unterbunden und führende Sikh-Vertreter, darunter Mann, zeitweise inhaftiert wurden. Eine konsequente Punjab-Politik fehlt Delhi bislang.

Kashmir - ein neuer Punjab?

Ihr Hauptaugenmerk richtete die neue indische Regierung auf die eskalierende Entwicklung in Kaschmir, ohne daß sie dabei eine glücklichere Hand gehabt hätte als im Punjab. Die Berufung und schnelle Absetzung von Gouverneur Jagmohan ist hier nur ein Beispiel. Über die Entwicklung in Kaschmir, dem einzigen indischen Bundesstaat mit einer moslemischen Bevölkerungsmehrheit, ist in dieser Zeitschrift bereits ausführlich berichtet worden. Der Konflikt rührt aus der verfehlten Politik der Congress-Regierung in Delhi und ihrer Statthalter in Srinagar bzw. ist natürlich bereits in der Spaltung British India's nach religiösen Mehrheiten angelegt. Die Unterstützung Pakistans für die



Opposition in Kaschmir ist unbestreitbar. Sie aber, wie es auch die neue indische Regierung tut, als Grund für die Unruhen in dem nordöstlichen Bundesstaat darzustellen, ist völlig verfehlt. "Wir in Indien haben eine Geschichte der Demokratie, des Säkularismus. Wir haben das vollste Vertrauen in die Menschen in Kaschmir. Das Problem kommt von der anderen Seite der Grenze, aus Pakistan. Sie senden Leute mit Waffen," betonte V.P.Singh in einem Interview mit der in Hongkong erscheinenden *Far Eastern Economic Review*.

Das Kaschmir-Problem nur aus dem Konflikt mit dem moslemischen Nachbarn und als eine Frage der Waffen zu sehen, verstellt zwangsläufig den Weg zu notwendigen neuen Lösungen. Die Ablehnung der Kaschmiris gegen Delhi ist nach allen Berichten nahezu vollständig. Währenddessen klingt in den indischen Medien und Politikerstuben das Säbelgerassel, nicht viel anders als in Islamabad. Es hat bereits große Truppenaufmärsche an der indisch-pakistanischen Grenze, über Kaschmir hinaus, gegeben. Die Verhandlungen zwischen den beiden Nachbarstaaten gehen zwar weiter, haben aber auf dem letzten Treffen Mitte Juli keinerlei Ergebnisse ergeben. Vermutlich fanden sie in erster Linie auf Druck der Großmächte statt, die an keinem militärischem Konflikt auf dem Subkontinent interessiert sind. Zwar ist die offene Kriegsstimmung des Frühsommers in der südasiatischen Öffentlichkeit verblaßt, doch stellt sich die Frage, inwieweit die durch Regierungskrisen geschwächte Singh-Regierung und die nach der Entlassung von Benazir Bhutto neu konstituierte pakistanische Übergangsregierung nicht zu dem traditionellen Verhaltensmuster greifen könnten, mit außenpolitischen Abenteuer von innenpolitischen Schwächen abzulenken.

Unruhiger Nordosten

"Trotz aller Bekundungen zu politischem Liberalismus, ihrem Bekenntnis zu Pluralismus und der Anerkennung regionaler Parteien als gleiche Partner in der nationalen Koalition, ist sie im Nordosten in die gleiche Macht-Falle getreten wie ihre Vorgängerin, die Congresspartei", beschreibt der Leitkommentar von "India Today" das Verhalten der NF-Minderheitsregierung gegenüber den nordöstlichen Bundesstaaten. Wie brisant die Situation im indischen Nordosten ist, zeigt die Entwicklung in Assam. Hier war nach langjährigem Bürgerkrieg die Asom Gana Parishad (AGP) im Dezember 1985 unter Rajiv Gandhi legal an die Macht gekommen, hatte an den sozialen und ethnischen Brennpunkten sowie dem Status des Bundesstaates als einer internen

Kolonie nichts geändert. Assam produziert 60 Prozent des indischen Tees, einem der nach wie vor wichtigsten Exportgüter des Landes, doch gehören die größten Teeplantagen allesamt Nicht-Assamesen, die die Gewinne aus dieser Industrie kaum in Assam reinvestieren. Auf den Plantagen werden nicht einmal die gesetzlich festgeschriebenen Mindestlöhne gezahlt, während sich die Teepreise in einem deutlichen Aufwärtstrend befinden. Das ist eines der Themen, das die 'United Liberation Front of Assam' (ULFA) aufgegriffen hat. Mit einem ideologischen Gemisch aus Naxalitentum und Nationalismus sowie einer bewaffneten Untergrundarmee und konkreter Entwicklungsarbeit ist es der ULFA, die ihre Waffen aus der VR China und birmanischen Beständen (makabrerweise G-4 Gewehre aus dem bundesdeutschen Joint-Venture der Fritz-Werner-Industrieanlagen GmbH) bezieht, im vergangenen Jahr gelungen, eine Parallelregierung in vielen Teilen Assams einzusetzen, dem die AGP-Regierung wenig entgegenzusetzen hat.

Herausforderung Kommunalismus

Kommunistische Gewalt zwischen Hindus und Moslems nimmt zu. Ein trauriger Höhepunkt dieser Entwicklung begann direkt vor den letzten Parlamentswahlen im Oktober 1989 in Bhagalpur im Bundesstaat Bihar. Die Auseinandersetzungen brachen im vergangenen Dezember und im März dieses Jahres erneut wieder auf. Bei den Gemetzeln am Ende des Jahres fanden nach offiziellen Angaben 414, nach Recherchen der 'People's Union for Democratic Rights' (PUDR) mindestens 1000 Menschen den Tod, davon waren 93 Prozent Moslems. Eine im April 1990 veröffentlichte Studie der PUDR ('Bhagalpur Riots') macht deutlich, daß die Übergriffe von seiten verschiedener Hindu-Gruppen ihren Ausgang nahmen, die von praktisch allen politischen Gruppen mit Ausnahme der Linken für ihre Zwecke instrumentalisiert wurden. In einer offenbar gut orchestrierten Medienkampagne wurden die moslemischen Opfer als Täter hingestellt. Ausgelöst wurden die kommunalistischen Übergriffe, wie so oft, während religiöser Festlichkeiten, doch war das Konfliktpotential über mehrere Jahre aufgebaut worden.

Der Kommunalismus ist ein zu vielschichtiges Thema, das hier nicht erschöpfend behandelt werden kann. Sowohl ein sich gegenseitig hochschaukelnder religiöser Fundamentalismus als auch die zunehmende Brutalisierung der politischen Auseinandersetzungen auf dem Subkontinent spielen eine Rolle. Hinzu kommen ökonomische Rivalitäten und soziale Perspektivlosigkeit sowie der weitgehende Verlust einer einheitlichen nationalen Ideologie wie sie die Congresspartei, wenn auch oft widersprüchlich, unter Mahatma Gandhi und Nehru geboten hat. In jedem Fall ist der Kommunalismus mit dem Wahlerfolg der BJP, der vielleicht "vielversprechendsten" politischen Formation Indiens, im November hoffähig geworden. Dies wiegt um so schwerer, da Singhs Regierung von der Unterstützung der BJP abhängig ist. Die Kader der BJP, allen voran ihr Präsident Advani, entstammen sämtlich der faschistoiden RSS, aus deren Reihen die Mörder Mahatma Gandhis kamen. Mit ihren Demonstrationen für ein hartes Durch-



(Foto: Walter Keller)

Zahlreiche Menschen und Organisationen widersetzen sich dem zunehmenden Kommunalismus in Indien

greifen gegen die kashmirische Autonomiebewegung und ihrer Zusammenarbeit mit der hindu-chauvinistischen Shiv Shena von Bal Thackeray hat die BJP ihren militanten Hindu-Fundamentalismus erneut unter Beweis gestellt. Bislang fehlt jede entschiedene Stellungnahme Singhs zur Politik der BJP, was sich zu einer der größten Herausforderungen seiner Amtszeit entwickeln könnte.

Großprojekte

Praktisch sämtliche Großprojekte wie Staudämme, Atomkraftwerke oder Industrieanlagen haben in der Vergangenheit zu massiven Protesten der betroffenen Bevölkerung und sie unterstützenden Bürgerrechts- und Ökologie-Gruppen geführt. Vorschläge, ein fünfjähriges Moratorium für sämtliche Großprojekte in Indien festzusetzen oder über die Gründung einer "Grünen Partei" nachzudenken, bestimmten die Diskussion bei Regierungsantritt Singhs.

Ein Zeichen, stärker auf die Protestbewegung gegen die technokratisch konzipierten Großprojekte in Indien zuzugehen, war sicherlich die Ernennung der engagierten Umweltschützerin Maneka Gandhi als Umweltschutzministerin (siehe auch 'Südasiens', Nr. 2-3/90 und 4-

5/90), die allerdings kürzlich - offensichtlich frustriert - zurücktrat. Noch bei Amtsaufnahme lobten Umweltschützer die Regierung Singh, weil sie als erste bereit sei, zuzuhören. So war Singh im Mai bereit, eine von Baba Amte geführte Gruppe von Gegnern des Narmada-Staudammprojekts zu einem Gespräch zu empfangen und versprach, die vorgebrachten Argumente gebenüber den bisherigen Planungen abzuwägen. Keine Woche später gab Singh, wie bereits zuvor im Fall des umstrittenen Tehri-Damms im Himalaya, grünes Licht für die Weiterführung des Narmada-Projekts, ohne auf die vorgebrachten Kritiken an seinen sozialen, ökologischen und finanziellen Folgen weiter einzugehen (siehe dazu auch den Beitrag von Baba Amte in dieser Ausgabe).

Noch keine endgültige Entscheidung ist bislang für die mehr als 100.000 von Zwangsvertreibung bedrohten Menschen in den Bezirken Baliapal und Bhograi im Bundesstaat Orissa gefallen. In dieser äußerst fruchtbaren Region hatte die Congressregierung ein riesiges Raketenstestgelände geplant und die betroffene Bevölkerung über Jahre in eine entschiedene Position der Nicht-Zusammenarbeit mit Regierungsstellen getrieben. Unter Rajiv Gandhi hatte sich z.B. der Janata Dal-Politiker Biju Patnaik vehement gegen das geplante Raketenstest-

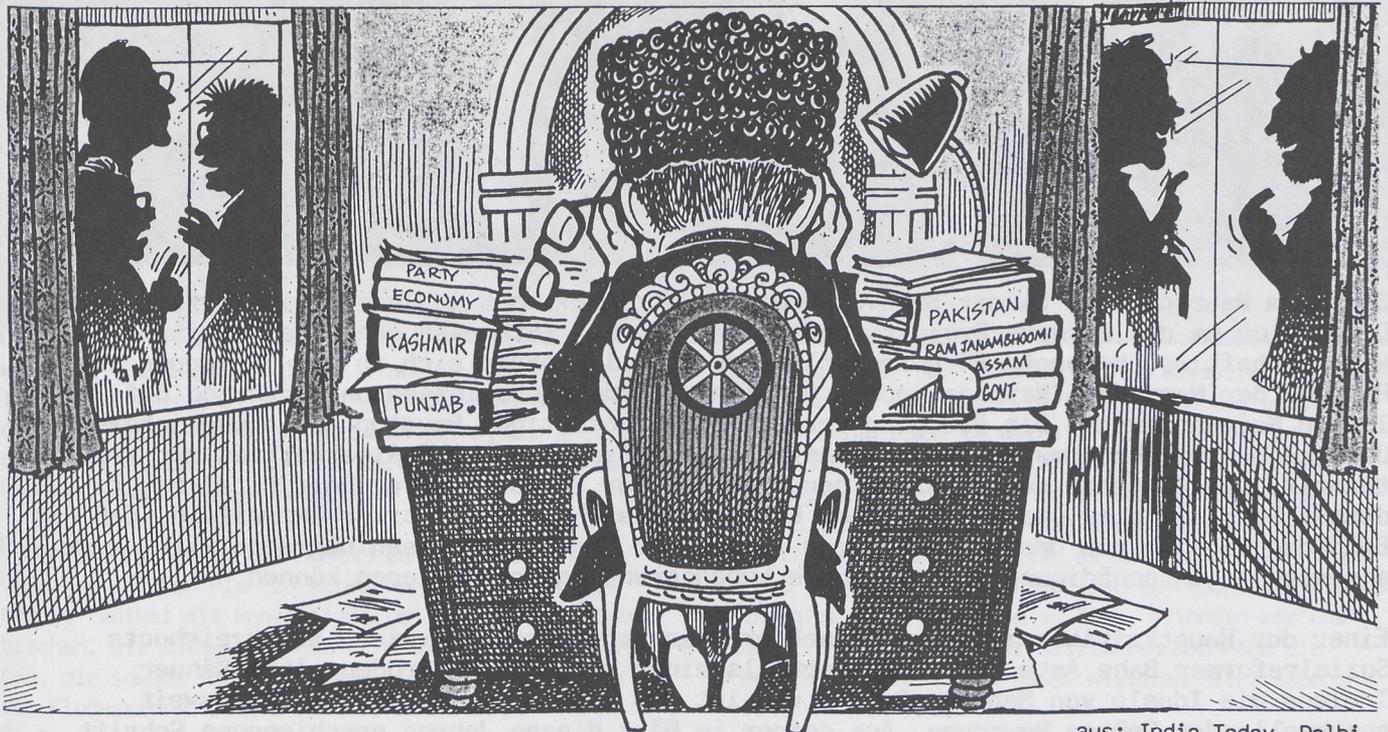
gelände ausgesprochen. Heute ist Patnaik NF-Ministerpräsident von Orissa, hat seine kritische Position verbal zwar wiederholt, aber noch keinerlei Entscheidung herbeigeführt, so daß sich Gegner des Raketen-testgelände gezwungen sahen, Patnaik und andere ehemalige Oppositionelle, die heute Regierungsverantwortung tragen, "daran zu erinnern, ihre Versprechen einzuhalten".

Perspektiven

Die stärkste Unterstützung schien Singh bereits während der Krise im Juli von den Parteien zu erhalten, die nicht in seiner Regierung vertreten sind. Innerhalb der NF sind Chandra Shekhar, der Alt-Sozialist, mit Kritik an der Wirtschaftspolitik und Arun Nehru mit der Infragestellung der Effizienz und der Durchsetzungsfähigkeit Singhs an die Öffentlichkeit getreten. Demgegenüber will die Linke ihn möglichst lange als Premier halten, da sie einen erneuten Machtantritt der Congresspartei oder einen Machtzuwachs der rechten BJP vermeiden will. Rajiv Gandhis Congress wiederum scheint kaum in der Lage, in nächster Zukunft wieder die Regierungsgeschäfte übernehmen zu können. Das Nachrichtenmagazin 'Asiaweek' gibt in seiner Ausgabe vom 17. August vor, über Informationen zu verfügen, wonach der kürzlich von Singh entlassene ehemalige stellvertretende Premierminister Devi Lal der Congresspartei angeboten habe, die NF-Regierung zu spalten, wenn Gandhi diesen Schachzug unterstütze. Der

habe aber abgelehnt. Die Congresspartei ist derzeit mehr mit ihren eigenen Streitigkeiten und den Vorbereitungen für die seit zwei Jahrzehnten ausstehenden internen Wahlen beschäftigt, als das Kraft bliebe, sich mit der Regierung Singh auseinanderzusetzen. Doch muß das nicht für alle Zeit gelten. Gandhi hat kürzlich während einer mehrwöchigen Reise durch Indien (im 2. Klasse Abteil der indischen Eisenbahn) bewiesen, daß er nach wie vor Menschenmengen mobilisieren kann.

Auch die BJP hatte Singh im Juli aufgefordert, nicht zurückzutreten. Sie will gleichfalls eine erneute Regierungsbildung durch den Congress vermeiden und glaubt offensichtlich, je länger die NF-Regierung halten würde, desto höher würden ihre eigenen Chancen, an die Macht zu gelangen. Die BJP hat einen 5-Jahres-Plan ausgearbeitet, mit dem sie ihre Positionen in den Bundesstaaten, wo sie bereits an der Regierung beteiligt ist, stabilisieren, in den "weißen" Gebieten ihren Einfluß ausbauen will. Und in der Tat dürfte die Zeit für die BJP spielen, nachdem der Kommunalismus aus der indischen Politik kaum noch wegzudenken ist. Die regionalen Konflikte, die von allen Kräften als eine Gefahr für die "Einheit Indiens" bezeichnet werden, und andere im Inneren Indiens virulente religiöse Konfliktherde wie die Auseinandersetzung um den Ram-Tempel in Ayodhya sind Wasser auf den Mühlen des militanten Hinduismus der BJP. VP Singh dürften unruhige Zeiten ins Haus stehen.



aus: India Today, Delhi